

Wuppertal – eine wachsende Stadt

- Ein Positionspapier -

Präambel

Wuppertal ist eine weltoffene, tolerante Stadt und hat eine lange Tradition im Umgang mit Zuwanderung.

Seit dem 19. Jahrhundert – damals noch im Zuge der Industrialisierung – kommen Menschen hierher, meist um sich eine dauerhafte Perspektive zu erarbeiten und Teil unserer Gesellschaft zu werden. Dies gilt auch heute noch, obwohl eine große Gruppe der neu Zugewanderten zunächst vor allem Schutz vor Krieg und Terror sucht.

Ziel des **vorliegenden Positionspapiers „Wuppertal eine wachsende Stadt“** ist die Realisierung der Chancengerechtigkeit aller hier lebenden Menschen, unabhängig von nationaler, kultureller und ethnischer Zugehörigkeit.

Dabei wird es den Anforderungen stetiger Zuwanderung gerecht und schafft die Rahmenbedingungen für Akteure aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Organisationen, um mit dieser Herausforderung angemessen und effizient umzugehen.

Die Basis unseres Zusammenlebens ist begründet in unseren demokratischen Grundwerten – in unserem Grundgesetz.

Dies` sichert ein friedliches und wertschätzendes Miteinander in Freiheit und Sicherheit für alle Menschen in unserer Gesellschaft.

Umso wichtiger ist das klare Bekenntnis jeder Wuppertalerin und jeden Wuppertalers zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Auf dieser Basis – der Achtung und Anerkennung individueller Lebensweisen - ist Raum für eine respektvolle Diskussionskultur um unterschiedliche Haltungen.

Dabei gilt es auch Ängste und Sorgen zur Zuwanderung ernst zu nehmen und nicht zu negieren.

Die Integration von Zugewanderten bietet wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen und stellt zugleich eine Herausforderung für unsere Stadt dar.

Dabei kann eine erfolgreiche Integration nur dann gelingen, wenn **Alle** - Einheimische und Zugewanderte - einbezogen werden.

Die Nutzung der vielfältigen Potentiale der Zugewanderten gewährleistet die Zukunftsfähigkeit unserer Kommune und dient zugleich dem Erhalt und der Unterstützung des sozialen Zusammenhalts.

Eine erfolgreiche soziale, kulturelle und identifikatorische Integration ist ein positiver Standortfaktor für alle Bereiche: Wirtschaft – Bildung – Kultur -, ...

Werden Integrationsmaßnahmen aber versäumt, so entstehen mittel- und langfristig materielle Kosten und die Chance, den demografischen Wandel in Wuppertal abzumildern wird vertan.

Die Integration von Menschen, die zu uns gekommen sind, ist ein dauerhafter Prozess, der eine stetige Anpassung der Maßnahmen und Angebote erfordert und nur durch die Kooperation aller relevanten Akteure möglich ist.

So richtet sich dieses Konzept an alle Menschen unserer Stadt, denn nur gemeinsam kann diese Aufgabe erfolgreich bewältigt und ein zukunftsfähiges Miteinander gestaltet werden.

Herausforderungen einer neuen Phase der Zuwanderung

Wuppertal ist seit vielen Jahrzehnten eine Stadt der Zuwanderung.

Menschen aus über 150 Nationen¹ leben hier friedlich zusammen.

Vielfältige Angebote für Wuppertalerinnen und Wuppertaler jeder Altersgruppe, eine gut ausgebaute Infrastruktur, die sich am Wandel der Bevölkerungsstruktur orientiert, und das Bewusstsein um die Potenziale der unterschiedlichen Kulturen zeichnen die Stadt aus.

Trotzdem musste sich auch Wuppertal jahrelang mit sinkenden Bevölkerungszahlen auseinandersetzen.

Inzwischen steigt die Einwohnerzahl wieder, von 348.271 (2010) auf 358.530 (2016), ausschließlich aufgrund der Neuzuwanderung aus dem Ausland.

Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung ist von knapp 14% (2010) auf über 18% (2016) gestiegen.

NATIONALITÄT	Deutsch		Ausländer		zusammen	
STICHJAHR	2010	2016	2010	2016	2010	2016
QUARTIER						
Elberfeld	51.043	50.394	13.438	16.664	64.481	67.058
Elberfeld West	23.063	22.552	4.234	5.442	27.297	27.994
Uellendahl-Katernberg	35.219	34.136	2.397	3.217	37.616	37.353
Vohwinkel	27.571	26.664	3.398	4.477	30.969	31.141
Cronenberg	20.250	19.595	1.229	1.545	21.479	21.140
Barmen	48.863	48.415	8.741	12.801	57.604	60.888
Oberbarmen	34.623	33.251	7.356	11.982	41.979	45.233
Heckinghausen	17.931	17.127	2.960	4.698	20.891	21.825
Langerfeld-Beyenburg	22.363	21.333	2.355	3.326	24.718	24.559
Ronsdorf	20.071	19.454	1.166	1.326	21.237	21.339
Summe	300.997	292.493	47.274	66.037	348.271	358.530

Bevölkerungsentwicklung in Wuppertal²

Es kamen in den letzten fünf Jahren EU-Bürgerinnen und –Bürger, aber auch zahlreiche Flüchtlinge aus Krisenregionen in die Stadt.

So verdreifachte sich der Anteil der Zugezogenen von 4.648 (2010) auf 13.448 (2015).

Neben vielen Chancen stellt die Unterstützung und Integration dieser Menschen eine besondere Herausforderung an die gesamte Verwaltung dar – und erfordert die Erweiterung der städtischen Infrastruktur in allen Bereichen.

Trotz großer Anstrengungen, Improvisation, Umsteuerung von Programmen erfordert der Zuzug von vielen Menschen in sehr kurzer Zeit weitere Ressourcen.

Dabei ist das Ziel aller Maßnahmen die Gewährleistung einer schnellen erfolgreichen Integration möglichst vieler Neuzuwanderer, um gemeinsam mit ihnen eine zukunftsfähige

¹ Etwa ein Drittel der Stadtbevölkerung hat einen Migrationshintergrund, darunter fasst man Menschen mit einem ausländischen Pass, 1. – 3. Generation der Migrantinnen und Migranten auch mit deutschem Pass, deutschstämmige Aussiedlerinnen und Aussiedler.

² Alle Daten basieren auf den Erhebungen der Statistikstelle Wuppertal.

attraktive Stadtgesellschaft zu gestalten, in der alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler gegenseitig von den unterschiedlichen Kompetenzen profitieren.

Eine Erhöhung von spezifischen Angeboten wie beispielsweise im Bereich der Sprachförderung, interkulturell ausgerichteter Maßnahmen und der Beratungsangebote ist notwendig, um dieser Entwicklung gerecht zu werden.

Hierfür sind die Optimierung und der Ausbau vorhandener Angebotsstrukturen erforderlich.

kurzfristige Maßnahmen:

- Wohnen verteilt im gesamten Stadtgebiet
- Vermittlung grundlegender Sprachkenntnisse
- Bildungsorientierung je nach Alter und Vorkenntnissen
- Vorbereitung auf eine Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit
- ...

Mittel- und langfristige Maßnahmen:

- Erweiterung der Sprachkompetenz,
- intensive Bildungs- und Ausbildungsbegleitung,
- Ausbau der Beratungsinfrastruktur für alle Lebensbereiche,
- Ausweitung und Neuausrichtung der gesamten Infrastruktur,
- Ausbau von Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen, berufsvorbereitenden Angeboten, Pflegeeinrichtungen für Behinderte und Ältere, Hilfesystemen ...
- ...

Orientiert an den Altersgruppen³ stellt sich das wie folgt dar:

I. Auswirkungen auf Kinder, Jugend und Familie

1. Kinder bis 6 Jahre

In Wuppertal leben 19.796⁴ Kinder dieser Altersgruppe und werden größtenteils in Tageseinrichtungen und Angeboten der Tagespflege betreut.

Zum 1. August diesen Jahres bedeutet das für die unter Dreijährigen eine Versorgung von 31,4%, für die Drei- bis Sechsjährigen liegt sie bei beachtlichen 97,8%.⁵ Zugleich gibt es einen erhöhten Ausbaubedarf an Betreuungsplätzen, der vornehmlich im Osten Wuppertals – Oberbarmen, Wichlinghausen und Heckinghausen - zu verzeichnen ist. Die prognostizierte Kinderanzahl pro Jahrgang musste in 2015 bereits - von 2.900 auf 3.100 - nach oben korrigiert werden.

³ Bemerkenswert ist an dieser Stelle der Rückgang der Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft. Dies` hat unterschiedliche Gründe: Einbürgerung, Kinder erhalten per Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft, Rückgang der Geburten.

⁴ Stand: 31.12.2016

⁵ Unter Dreijährige: 2.823 , Drei – Sechsjährige: 8.812

Die Betreuung neuzugewanderter Kinder stellt in diesem Zusammenhang eine besondere Herausforderung dar. Die Zahl dieser Kinder hat sich von 193 (2010) auf 1.540 (2015) vervielfacht. (s. Abbildung)

Kinder bis 6 Jahre

2010	Deutsche	Ausländer	gesamt
Einwohnerzahl	16.363	1.247	17.610
Zuzüge	493	193	686
Fortzüge	671	131	802
2016			
Einwohnerzahl	16.161	3.635	19.796
Zuzüge	408	1.062	1.470
Fortzüge	520	312	832

Die Kinder kommen aus den unterschiedlichsten Ländern. Die größten Gruppen kamen 2016 aus Syrien, Polen, Rumänien, Mazedonien aber auch aus Griechenland und Italien. Vornehmlich leben sie mit ihren Familien in den Bezirken der Stadt, die ohnehin ein strukturelles Betreuungsdefizit ausweisen (Osten der Stadt und vermehrt auch in Elberfeld).

Grundlage aller weiteren Planungen ist die regelmäßige Beobachtung der Entwicklung der aktuellen Kinderzahlen. Eine entsprechende Anpassung der Prognosedaten ist für die mittel- und langfristige Planung unabdingbar.

Langfristig:

Über den bisher geplanten und beschlossenen Ausbau von 1000 Plätzen in Tageseinrichtungen und Tagespflege sind weitere Einrichtungen zwingend erforderlich. Durch die Zuwanderung wird von einem weiteren Defizit von mindestens ein 700 Plätzen ausgegangen. Das bedeutet den Neubau von weiteren sechs Kindertageseinrichtungen.

Kurzfristig:

In den Quartieren mit starkem Zuzug und einem strukturellen Defizit an Betreuungsplätzen besteht ein erhöhter Bedarf an zeitnahen Maßnahmen neben dem bestehenden Regelangebot.

- Spielgruppen in und außerhalb von Tageseinrichtungen,
- Sprachförderangebote in Familienzentren verteilt auf das gesamte Stadtgebiet. Verteilung der einschulungsnahen Jahrgänge auf möglichst viele Einrichtungen und Träger. Der Bedarf an zusätzlichen Angeboten ist hoch und kann nur gemeinsam mit allen Trägern erfüllt werden, die Vernetzungsstrukturen sind besser zu nutzen.

Mittelfristig:

- Zusätzliche Gruppen in vorhandenen Einrichtungen (Übergangs- oder Notgruppen)
- Prüfung ob Gruppen für Kinder unter drei Jahren in Gruppen für Kinder von drei bis sechs Jahren vorübergehend umgewandelt werden können,

- Ausbau von niederschwelligen Angeboten in Gemeindehäusern, Jugendeinrichtungen, etc.
- Aktive Nutzung und Neuschaffung von Tagespflegeplätzen

Für die kurz- und mittelfristig umsetzbaren Maßnahmen zur Öffnung und Ausweitung vorhandener KiTa-Gruppen und Schaffung zusätzlicher niederschwelliger Angebote werden möglicherweise Mittel durch Umschichtungen bereitgestellt werden können; für den Bau von sechs neuen Einrichtungen wird man grob ein Investitionsvolumen zwischen 20 und 25 Millionen € ansetzen müssen.

Das bedeutet, dass man für den Betrieb einer zusätzlichen sechsgruppigen Einrichtung jährlich etwa weitere 0,5 Millionen € berücksichtigen müsste. Sofern diese in städtischer Trägerschaft betrieben wird, wären damit auch zusätzliche Personalstellen verbunden.

2. Schülerinnen und Schüler

Diese Entwicklung lässt sich im Schulbereich fortführen.

Derzeit besuchen ca. 45.000 Schülerinnen und Schüler eine städtische Schule in Wuppertal, ca. 7.700 davon sind Ausländerinnen und Ausländer⁶.

12.300 Kinder und Jugendliche werden an Grundschulen, 1.100 an Förderschulen und 31.200 an weiterführenden Schulen⁷ unterrichtet.

Im Zeitraum September 2015 bis September 2016 gab es einen Zuwachs von ca. 500 Kindern im Grundschulbereich, der sich in den nächsten Jahren im Bereich der weiterführenden Schulen fortsetzen wird.

Nach aktuellen Prognosen wird sich die Gesamtschülerzahl im Primarbereich bis zum Jahr 2021 um weitere ca. 1.000 Kinder erhöhen. Dabei ist der Anteil der zugewanderten Kinder und Jugendlichen mehr als doppelt so hoch.

Daraus ergeben sich vielfältige Bedarfe an zusätzlichen Angeboten zur Orientierung und Integration dieser Zielgruppe ins Schulsystem.

So gibt es derzeit 126 Seiteneinsteiger-Klassen⁸ mit etwa 2.200 Schülerinnen und Schülern an allen Schulformen.

Diese Kinder und Jugendliche bzw. deren Familien bedürfen neben der Sprachförderung und begleitenden Maßnahmen, spezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote, so dass sie schnell in den Regelklassen beschult werden können. Hier sind besonders frühe Informationen über das Schulsystem und die vielfältigen Bildungswege notwendig, um den Familien eine Handlungssicherheit zu vermitteln.

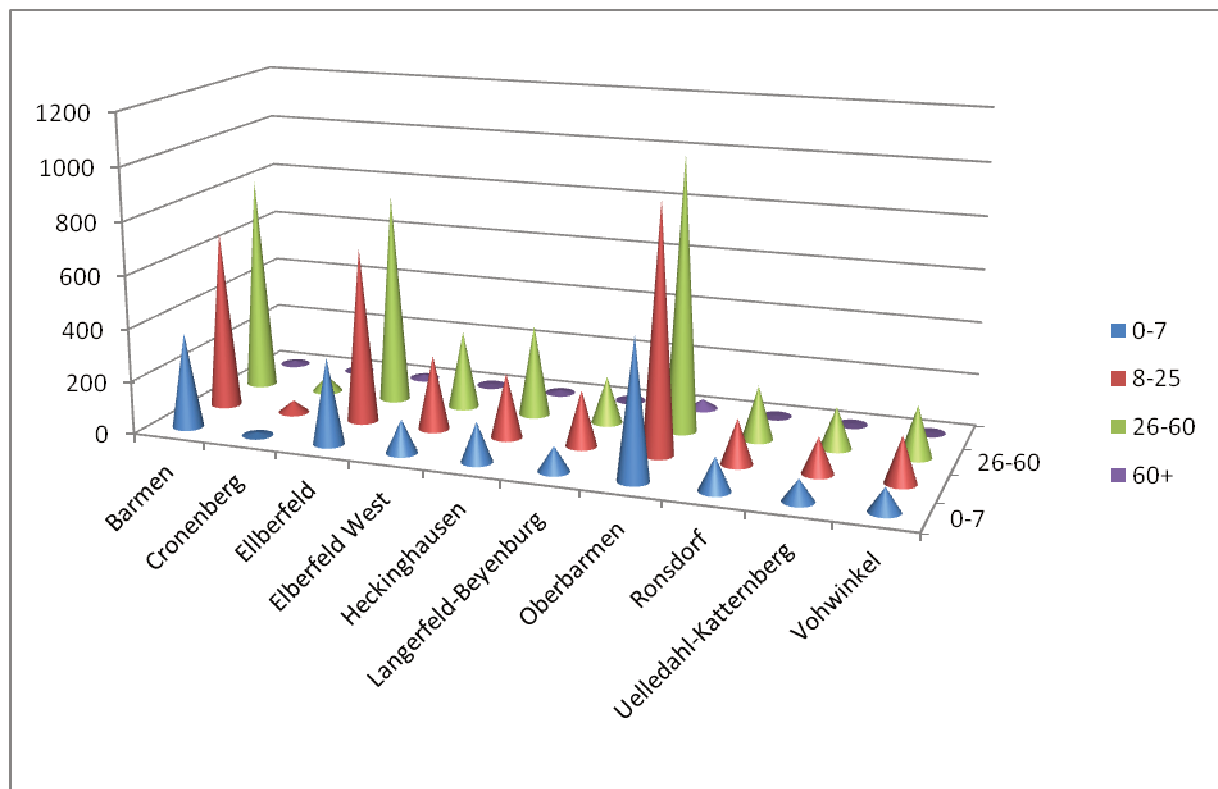
Im Weiteren werden neue Räume und weiteres Personal benötigt.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Schülerzahlen reicht das Raumangebot an den weiterführenden Schulen schon jetzt nicht mehr aus. Dabei ergibt sich in den einzelnen Stadtbezirken und vor allem an den einzelnen Schulen eine sehr heterogene Raumsituation.

⁶ Kinder mit einem ausländischen Pass

⁷ einschließlich Berufskollegs

⁸ Derzeit sind 126 Seiteneinsteiger-Klassen eingerichtet, allerdings werden die Zahlen stetig aktualisiert.



Neuzugewanderte und Flüchtlinge im Jahr 2016 – Altersgruppen in den Stadtteilen⁹

Ausgehend von der im Primarbereich prognostizierten zusätzlichen Schülerzahl ist auch an den weiterführenden Schulen künftig mit fehlenden Raumkapazitäten zu rechnen. Um alle Schülerinnen und Schüler beschulen zu können, muss ggfs. die Zügigkeit einzelner Schulen erhöht und zusätzlicher Schulraum generiert werden.

Zeitnah sollten der Schulrückbau gestoppt und vorhandene Ressourcen effektiver genutzt werden. Beispielsweise können Räume multifunktional genutzt und leer stehende Hausmeisterwohnungen zu Klassenräumen umgebaut werden. Zudem ist eine verbesserte Flächenauslastung möglich.

Mittel- bzw. langfristig ist es unabdingbar weiteren Schulraum zu schaffen, insbesondere in den östlichen Stadtteilen. Eine Alternative zum Neubau wäre die Anmietung von Räumlichkeiten.

Prognostiziert wird ein künftiger Bedarf von etwa 40 zusätzlichen Klassen im Primarbereich – dies entspricht bis zu vier neuen Grundschulen.

Hinzu kommt der Ausbau der Angebote des OGS, die u. a. die Unterstützung und Integration der neuzugewanderten Kinder befördern.

So wäre in diesem Bereich ein zusätzlicher Investitionsbedarf im Umfang von rund 25 Millionen € denkbar, der laufende Bedarf ergibt sich bei den Gebäudekosten und den sonstigen Kosten des Schulträgers.

⁹ Graphik: Jürgen Lemmer

Erschwert wird ein zeitnahes und effektives Vorgehen durch akuten Lehrermangel, fehlende Schulsozialarbeiterinnen und –arbeiter, unzureichende sprachmittelnde Unterstützung und nicht zuletzt fehlende finanzielle Ressourcen.

3. Kinder, Jugendliche und Familien und die Entwicklung der Sozialräume

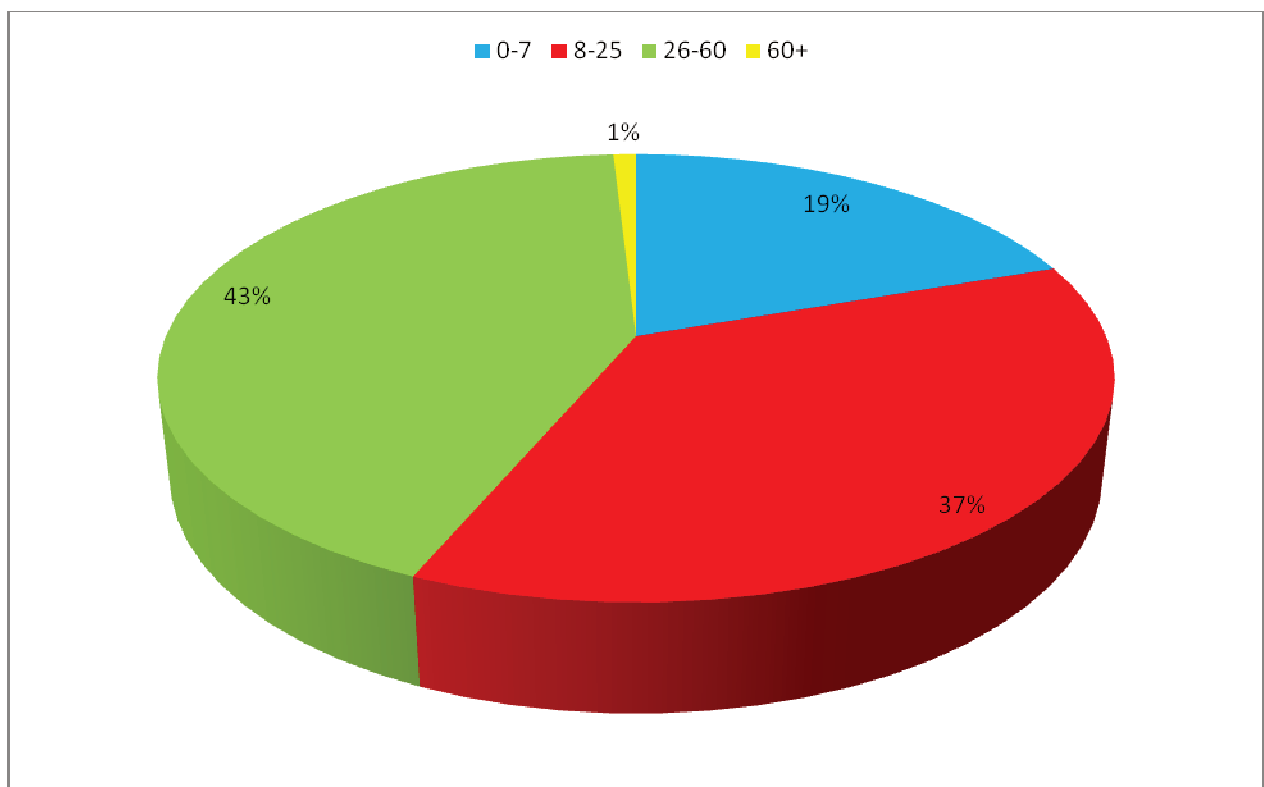
Im Bereich Kinder, Jugendliche und Familien gibt es vor dem Hintergrund der verstärkten EU-Binnenzuwanderung und der großen Zahl der Geflüchteten einen erhöhten Bedarf an:

- Frühen Hilfen,
 - Hilfen zur Erziehung/Kinderschutz
 - den sozialräumlichen integrativen Angeboten
- sowie
- außerschulischen Räumen für Kinder, Jugendliche und Familien

Die überwiegende Mehrheit der Zugewanderten ist jünger als 35 Jahre und lebt mit ihren Familien.

Hinzu kommen oft prekäre Lebensumstände -finanziell, gesundheitlich, sozial-, so dass diese Menschen gezielt beraten und unterstützt werden müssen.

Dabei ist eine aufsuchende Beratung ebenso notwendig wie die Frühen Hilfen mit ihren vielfältigen Angeboten.



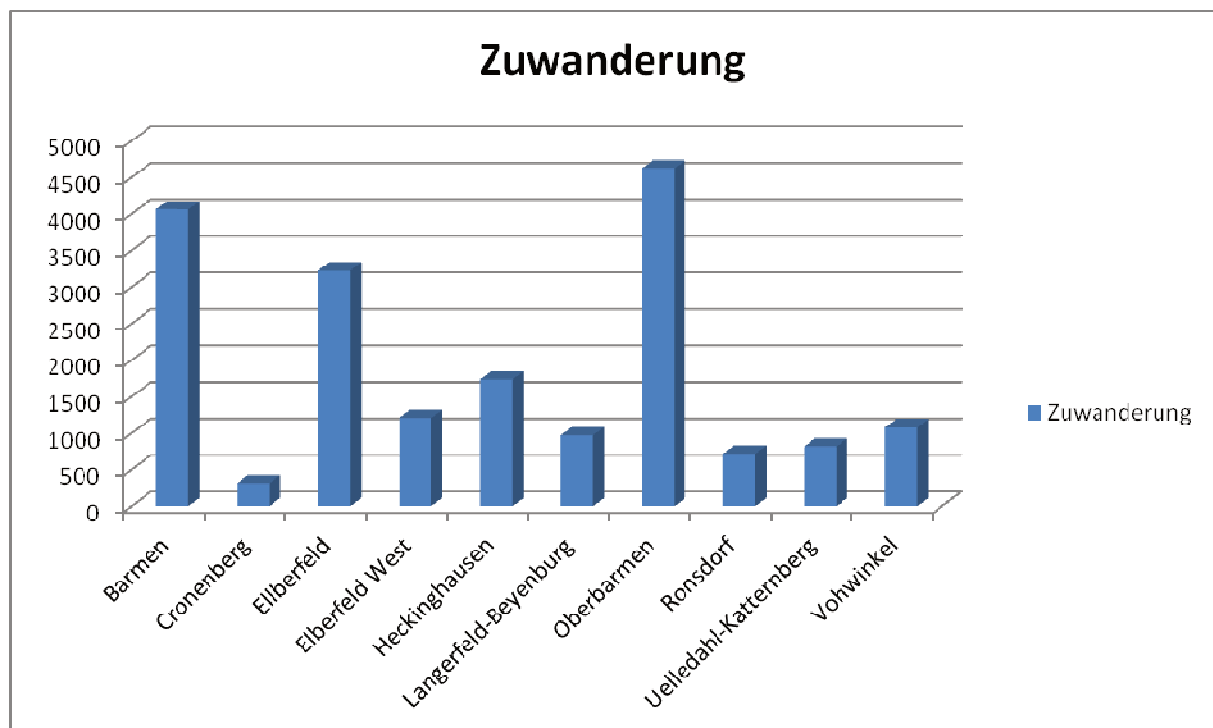
Zugewanderte und Flüchtlinge: Altersgruppen¹⁰

¹⁰ Graphik: Jürgen Lemmer

Die wohnortnahen Integrationsmaßnahmen, basierend auf der vorhandenen Infrastruktur - Stadtteilzentren und –treffs, Familienzentren, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Schulen, etc. - sind effektiv, da sie die Menschen in ihrem Lebensumfeld besser erreichen.

Die Einrichtungen vor Ort sind alle schon heute unerlässliche Anlaufstellen - im Sozialraum - , die gemeinsam von allen Stadtteilbewohnern – Alten und Jungen, Einheimischen und Zugewanderten - genutzt und gemeinsam weiterentwickelt werden sollen.

Dieser Prozess ist anfangs von Fachkräften aktiv zu befördern und später zu begleiten.



Verteilung der Neuzugewanderten und der Flüchtlinge in Wuppertal, Stand: 31. 12. 2016¹¹

Besonders in den östlichen Stadtteilen – und nicht nur dort- muss die sozio-kulturelle Infrastruktur mit all` den erforderlichen Maßnahmen z.T. noch ausgebaut werden.

Hierzu sind ergänzend integrierende und niederschwellige Angebote notwendig, u.a.

- regelmäßige Müttertreffs,
- möglichst auch Väter-/Männertreffs,
- Ausweitung der Angebote für Kinder und Jugendliche,
- Stadtteil-, Spielplatz- und Nachbarschaftsfeste
- Verstärkung der Sportmöglichkeiten (z.B. Fußballturniere oder Lauftreffs)

Künftig ist eine intensivere Kooperation aller Einrichtungen und Träger notwendig, um gemeinsam passgenaue und ausreichende Angebote zu entwickeln und diese im gesamten Stadtgebiet zu koordinieren.

¹¹ Graphik: Jürgen Lemmer

Aufgrund des Mehraufwandes im Betreuungs- und Beratungsbereich gibt es bereits neu eingerichtete Stellen; allerdings nur im Rahmen befristeter Förderprogramme. Hier bedarf es schon kurz-, insbesondere aber mittel- bzw. langfristig einer verbesserten, angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung seitens der Stadt.

Kurzfristige Maßnahmen:

Frühe Hilfen:

- verstärkte, gezielte aufsuchende, zugehende Begleitung und Beratung durch Familienhebammen etc. während der Schwangerschaft sowie durch Fachkräfte im Rahmen der Willkommensbesuche auf den Neugeborenstationen der Kliniken

Die Überwindung der oft großen sprachlichen Barrieren und die Berücksichtigung der jeweiligen sozio-kulturellen Herkunft stellt eine besondere Herausforderung dar.

Hilfen zur Erziehung/Kindesschutz:

- Verstärkung der Zusammenarbeit der Bezirkssozialdienste mit anderen Fachdiensten aus dem Migrationsbereich (Valponto, Zuhause in Oberbarmen, Haus der Integration mit JC und 204, Sozialamt etc.)

Sozialräumlich, integrative Angebote einschl. Kinder- und Jugendarbeit:

- Erste gezielte Ferienangebote zur Integration von Kindern und Jugendlichen in Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit
 - Ausweitung der Angebote und Öffnungszeiten der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit der freien Träger und der Stadt
 - ergänzende integrierende und niederschwellige Angebote, u.a.
 - regelmäßige Müttertreffs,
 - möglichst auch Väter-/Männertreffs,
 - Stadtteil-, Spielplatz- und Nachbarschaftsfeste
 - Verstärkung der Sportmöglichkeiten, vereinsgebunden und vereinsunabhängig
- Dafür sind ergänzend personelle Ressourcen und Projektmittel bereitzustellen.

Mittel- und langfristige Maßnahmen:

Frühe Hilfen:

- Verbesserung der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen durch Kinderärzte
- Intensivierung und deutliche Ausweitung der ehrenamtlichen Begleitung

Für diese Aufgaben ist eine Ausweitung des Budgets um p.a. 100.000 € sowie eine Fachkraftstelle notwendig.

Beratung/ Hilfen zur Erziehung/Kindesschutz:

- Die widrigen Lebensumstände führen oft zu Spannungen in den – in der Regel - oft noch isoliert lebenden Familien.
- Eine zusätzliche adressatengerechte erzieherische Beratung - ggfs. an Intervention durch Fachkräfte – sowie an Präventionsmaßnahmen bezüglich der Erziehungsmethoden¹² und Strategien zur Entwicklungsbegleitung von Kindern sind unabdingbar. Viele Familien in prekären Lebensverhältnissen sind nur mit einer aktiven, wertschätzenden und aufsuchenden Arbeit – durch die gleichen Bezugspersonen - erreichbar.

¹² auch um z. T. rigiden Erziehungsmethoden, partieller Gewalt vorzubeugen bzw. diese abzubauen

- Dazu bedarf es der strukturell zusätzlichen personellen Ausstattung u.a. der Bezirkssozialdienste.
- In diesem Zusammenhang ist nun auch ein besonderes Augenmerk auf die Einstellung geeigneter Fachkräfte zu legen. Verstärkt müssen hier gut integrierte Fachkräfte mit angemessenen Sprachkenntnissen bzw. aus den entsprechenden Herkunftsländern eingesetzt werden.

Sozialräumlich integrative Angebote einschließlich der Kinder- und Jugendarbeit:

- gezielte Ferienangebote zur Integration von Kindern und Jugendlichen in Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Ausweitung der Angebote und Öffnungszeiten der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit der freien Träger und der Stadt, zusätzliche Bereitstellung von Personal und Projektmitteln.
- ergänzende integrierende und niederschwellige Angebote, u.a.
 - regelmäßige Müttertreffs, möglichst auch Väter-/Männertreffs,
 - Stadtteil-, Spielplatz- und Nachbarschaftsfeste
- Verstärkung der Sportmöglichkeiten, vereinsgebunden und vereinsunabhängig
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Schulen, Öffnung der Kinder- und Jugendeinrichtungen am Vormittag für schulische und ähnliche Angebote

4. Ältere Menschen

Im Rahmen der Neuzuwanderung ist der Anteil älterer Menschen eher gering. Während die Angehörigen der ehemaligen Anwerbestaaten Italien, Türkei und Griechenland inzwischen vermehrt in Altenpflegeheimen untergebracht werden, ist die Anzahl der Flüchtlinge dieser Altersgruppe noch sehr gering.

In den Altenpflegeheimen setzt man sich schon seit Jahren mit der Zunahme älterer Migrantinnen und Migranten auseinander, indem sich Einrichtungen interkulturell durch entsprechende Angebote und Mitarbeiterschulungen mit dem Schwerpunkt kultursensible Pflege öffnen.¹³

Im Hinblick auf die Neuzuwanderung richtet man **zunächst** das Hauptaugenmerk auf die Ausbildungsförderung im Bereich Altenpflege. So soll Interessierten – mit und ohne Vorkenntnisse - die Möglichkeit geboten werden, den Pflegebereich kennenzulernen.

Mittel- bis langfristig wird auch hier eine weitere Anpassung der Infrastruktur an die gesellschaftlichen und demographischen Veränderungen notwendig werden.

II. Frauen und Männer – geschlechtsspezifische Herangehensweise

Der Anteil der neuzugewanderten Frauen – sowohl bei den Flüchtlingen als auch den EU-Zugewanderten – liegt im Schnitt bei etwa 40 %.

¹³ Dabei ist der interkulturelle Austausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit und ohne Migrationshintergrund sehr wichtig, um so die vielfältigen Potenziale im Sinne einer Neuausrichtung der Angebote zu nutzen.

Im Rahmen der Integrationsmaßnahmen müssen ihre Bedürfnisse – z.B. Vereinbarung der Teilnahme an Sprachkursen und Kinderbetreuung, Unterbringung, Beratungsangebote, etc. – mitgedacht werden.

Dabei ist in Bezug auf die Angebote und die Datenerhebung auf eine geschlechtsspezifische Herangehensweise zu achten.

Statistiken aus NRW heben die unterschiedlichen Zahlen bei Männern und Frauen mit Fluchthintergrund hervor:

- Im Dezember 2016 waren 28.312 weibliche Personen im **Kontext von Fluchtmigration** in NRW als arbeitsuchend registriert. Das sind 25,3 Prozent der Gesamtzahl. Davon waren 15.079 arbeitslos, die übrigen waren arbeitsuchend, beispielsweise weil sie sich in einer Integrations- oder Weiterbildungsmaßnahme befanden.
- Die weiblichen Arbeitsuchenden mit Fluchthintergrund sind älter als die männlichen. Etwa 17 Prozent der Frauen und 29 Prozent der Männer sind unter 25 Jahre alt.
- Das **Bildungsniveau** dieser Frauen ist sehr heterogen. Mindestens ein Drittel besitzt keinen Schulabschluss, aber mehr als ein Fünftel besitzt ein Abitur oder Fachabitur.¹⁴
- Die Frauen streben zu zwei Drittel **Helfertätigkeiten** an. Lediglich zwölf Prozent sucht eine Beschäftigung auf Fachkraft-Niveau. Bei den übrigen Frauen mit Fluchthintergrund ist diese Entscheidung noch nicht gefallen.
- Rund 9 Prozent der Frauen sind **alleinerziehend**. Dagegen gibt es kaum alleinerziehende Männer. Dieser Anteil macht nur 0,5 Prozent aus.¹⁵

Im öffentlichen Diskurs ist es somit wichtig, Frauen und Männer (auch) als Fachkräfte wahrzunehmen.

In Kapitel I wurde bereits auf den Punkt „Angebote für Frauen und Männer“ im Kontext ihrer Elternschaft eingegangen, die an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben werden soll.

Auch die Vermittlung von Werten, Informationen über das Bildungssystem, Informationen über Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Lebenslagen sollten geschlechtsspezifische Rahmenbedingungen beachten.¹⁶

Informationsangebote sollten an alle erwachsenen Familienmitglieder gehen und nicht an „Bedarfsgemeinschaften“ oder Familienverbünde.

Zu beachten ist der besondere Schutz und die Unterstützung von:

(unbegleiteten) Minderjährigen,
Menschen mit Behinderung,
Älteren,
Schwangeren,
Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern,
Opfern von Menschenhandel,
Personen mit schweren körperlichen Erkrankungen,
Menschen mit psychischen Störungen,
Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben sowie
Lesben, Schwule und Transgender-Menschen.

¹⁴ Allerdings ist von 30 Prozent der Schulabschluss (noch) nicht bekannt.

¹⁵ **Frauen am Arbeitsmarkt.** Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen, März 2017

¹⁶ wie z.B. Kinderbetreuung, getrennt-geschlechtliche Gruppen, Sicherheit in Unterkünften

III. Kommunale Dienstleistungen für alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler

Die aktuellen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, dass alle Abteilungen des Bürgeramtes unmittelbar betroffen sind. Dabei wirkt sich die Entwicklung der Lebensumstände der neuen Einwohnerinnen und Einwohner auf die Aufgabenbewältigung ganz unterschiedlich aus.

Die Herausforderungen, die sich aus der Prognose ableiten lassen sind in den Abteilungen identisch:

- Anstieg der Fallzahlen und Verlängerung von Bearbeitungszeiten durch neue gesetzliche Rahmenbedingungen
- Überwindung von Sprachbarrieren
- Vermittlung von gesetzlich vorgegebenen Entscheidungen in den einzelnen Ordnungsbehörden
- Bestehende räumliche und bauliche Unzulänglichkeiten erschweren bereits teilweise die Aufgabenwahrnehmung einzelner Abteilungen. Ein weiterer Bevölkerungszuwachs wird die bestehende Situation verschlimmern, so dass eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung erschwert wird.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, sind der Zuwachs von qualifiziertem Personal, Interkulturelle Fortbildungen, Sprachkurse und Deeskalationsseminare notwendig. Dies ist nur möglich durch Aufstockung der Sachmittel.

Zudem sind Investitionen für räumliche und bauliche Veränderungen erforderlich.

IV. Stadtentwicklung und Städtebau

Die aktuelle Zuwanderung stellt auch Anforderungen an Stadtentwicklung und Städtebau. Dabei sind insbesondere die Themenfelder Wohnen, Quartiersentwicklung, Hochhaussiedlungen und Umweltgerechtigkeit/öffentliche Räume betroffen.

1. Wohnen

Im Themenfeld Wohnen und Flüchtlinge verfolgt Wuppertal ein „dezentrales Unterbringungskonzept“. Durch die in Folge des Bevölkerungszuwachses zwar leicht gesunkene, aber nach wie vor hohe Wohnungsleerstandsquote¹⁷ bestehen hier gute Voraussetzungen, dieses Konzept auch künftig umzusetzen. Bisher konnten erfolgreich mehr als 90% der Flüchtlinge in eigenen Wohnungen untergebracht werden.¹⁸ In der „direkten Vermittlung“ konnten weit über 1.000 Wohnungen, davon geschätzt 70% aus privater Vermietung, zur Verfügung gestellt werden.¹⁹ Weitere ca. 500 Wohnungen - primär von Wohnungsgesellschaften - wurden von der Stadt für Flüchtlinge angemietet.

Das Thema Wohnungssituation der Menschen aus dem EU-Ausland wird und muss ebenfalls stadtweit bearbeitet werden, auch wenn die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt nur sehr

¹⁷ Wohnungsleerstandsquote, Stand: 2015: 6%, ca. 12.000 Wohnungen

¹⁸ d.h. etwa 4.300 Flüchtlinge

¹⁹ Die Mietverträge werden direkt zwischen Flüchtlingsfamilie und Vermieter abgeschlossen.

begrenzt sind. So konnte beispielsweise durch die Betreuung durch das Projekt „ACASA-DOM“²⁰ die Wohnungsanmietung von Neuzugewanderten begleitet und unterstützt werden. Dennoch gibt es viele Familien, die in schwierigen Verhältnissen wohnen und weiterhin einer intensiven Unterstützung bedürfen. Eine besondere Herausforderung bleibt die Gruppe der EU-Zugewanderten, die wohnungslos sind. Hierbei handelt es sich zumeist um alleinstehende Männer. Das erfordert auch in diesem Bereich eine Verstärkung der Angebote und Maßnahmen.

Stärker als bisher sollte der Impuls, der aus der Notwendigkeit der kurzfristigen Unterbringung von Zuwanderern resultiert, für die nachhaltige Sanierung und Inwertsetzung der Wohnungsbestände und der Schaffung eines attraktiven Wohnumfeldes genutzt werden. Geeignete Instrumente und Strategien²¹, die die Chance auf eine dauerhafte Vermietung der Wohnungsbestände nutzen, sind (weiter-) zu entwickeln. Für Wuppertal stehen bislang alles in allem betrachtet nicht so sehr quantitative Fragen der Wohnraumversorgung, sondern v.a. qualitative Fragen der Bereitstellung von angemessenem Wohnraum im Mittelpunkt.

Andererseits darf die aufgrund des aktuellen Wohnungsleerstandes scheinbar entspannte Wohnungsmarktsituation nicht überschätzt werden, zumal nicht der gesamte Leerstand realistisch aktivierbar sein wird. Prognosen der NRW-Bank zum zusätzlichen Wohnungsbedarf durch Flüchtlingszuzug zeigen für Wuppertal trotz Leerstandsnutzung einen Neubaubedarf von 1.200 bis 2.800 Wohnungen bis 2020, zusätzlich zum demografisch bedingten Wohnungsneubaubedarf.

Neben der Modernisierung und Sanierung von Bestandsobjekten mit Fördermitteln des Landes, insbesondere um altersgerechten, barrierearmen und energetisch ertüchtigten Wohnraum zu schaffen, muss der Fokus ebenso auf der Schaffung neuen, sozialgebundenen Wohnraums liegen. Aktuell befinden sich etwa 15.000 (Stand 2014) in einer Mietpreisbindung. Die Zahlen sind jedoch stark rückläufig. So prognostiziert eine Modellrechnung der NRW-Bank einen Rückgang der Sozialwohnungen in Wuppertal bis 2030 von mehr als 40%. Zugleich stieg in 2016 die Zahl der Nachfrager -gemessen an erteilten Wohnberechtigungsscheinen- spürbar an. Trotz des im Vergleich zur Rheinschiene entspannten Wohnungsmarktes wird die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen im unteren Preissegment durch die Zuwanderung steigen. Diese Nachfrage sollte jedoch bewusst bestandsorientiert und kleinteilig gedeckt werden, um die Segregation nicht weiter zu verstärken.

Inwieweit diese Zahlen tatsächlich tragen, kann nur durch eine regelmäßige Überprüfung validiert werden. So dürfen die durch Zuwanderung entstehenden Wohnungsbedarfe nicht unterschätzt werden, außerdem sollten Neubauaktivitäten stärker gesteuert werden, um künftig keine neuen Leerstände zu produzieren.

2. Quartiersentwicklung

²⁰ „ACASA-DOM“ ist eine Anlaufstelle für Zuwandernde aus Ost- und Südeuropa, die Informationen und Unterstützung für alle Lebensbereiche - u.a. auch zum Thema Wohnen - bietet. Das Projekt wird durch Landesmittel finanziert und das Büro befindet sich in Wuppertal-Oberbarmen.

²¹ Gemeint sind: Haushüten-Projekte, Modernisierungsberatungen, die auch diesen Aspekt verstärkt kommunizieren u. ä.

Trotz der dezentralen Unterbringung sind es vornehmlich die Quartiere entlang der Talachse, die eine hohe Integrationsleistung erbringen. Schon vor dem Anstieg der Zuwanderungszahlen haben diese eine besondere Aufmerksamkeit und auch (Städtebau-) Förderung erfahren:

- Elberfelder Nordstadt/Arrenberg
- Unterbarmen
- Oberbarmen Wichlinghausen
- Ostersbaum

Neu hinzu gekommen sind die Quartiere:

- Heckinghausen
- Barmen-Mitte
- Höhe

Auf der Suche nach Wohnungen, Anschluss an die Gesellschaft und Arbeit ziehen diese städtischen Teilräume neuzugewanderte Migrantinnen und Migranten in besonderer Weise an. Für die anstehende Integrationsaufgabe müssen Quartiersentwicklung, Bestandssanierung und Neubau gemeinsam zum Gelingen dieser Herausforderung beitragen. Auch die Qualität der öffentlichen Räume kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diese gründerzeitlichen Quartiere als attraktive Wohnstandorte zu stabilisieren und zu stärken.

Ebenso sollte in diesem Zusammenhang die Unterbringung von Flüchtlingen und EU-Zugewanderten in den Stadtteilen unbedingt durch quartiersbezogene Integrationsarbeit unterstützt werden. So werden beispielsweise durch ein neues Quartiersmanagement²² Projekte und Maßnahmen zur Integration von Neuzugewanderten auf Grundlage bestehender Strukturen gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt und durchgeführt werden.²³ Ein wesentlicher Bestandteil ist dabei der Einbezug der Erfahrungen der vielen Aktiven und Engagierten in der Flüchtlingshilfe.

Zudem sollten die Potentiale aller Wuppertaler Quartiere einbezogen werden. Dazu kann eine konsequente Innenentwicklung beitragen, die durch entsprechende Konzepte die Grundlagen schafft, um beispielsweise Baulücken oder Brachflächen angemessen zu nutzen. Neben der sozialen Durchmischung haben gewachsene Stadtteile häufig den Vorteil, dass sie über eine gute Verkehrsinfrastruktur und soziale Einrichtungen verfügen, die in Randlagen und Neubaugebieten oft nur eingeschränkt vorhanden sind. Eine Orientierung an einer guten ÖPNV-Anbindung ist daher Voraussetzung für eine sinnvolle Nachverdichtung, zumal die Gruppe der Zugewanderten in besonderem Maße auf dieses Mobilitätsangebot angewiesen sein wird.

3. Hochhaussiedlungen

Auch die Wuppertaler Hochhaussiedlungen bieten in diesem Zusammenhang Chancen und Risiken. Diese Wohnungsbestände sind oftmals von hohem Leerstand geprägt und zugleich

²²Das Land NRW stellt im Rahmen des Sonderprogramms "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" bis Ende 2018 insgesamt 521.915 Euro für die Quartiersmanagerinnen zur Verfügung. In Wuppertal wird das Quartiersmanagement in Uellendahl Ost und West, Höhe, Ostersbaum und der Nordstadt durchgeführt.

durch die institutionellen Eigentümer schneller für die Flüchtlingsunterbringung nutzbar. Die letzte Wohnungsleerstandsanalyse zeigt bereits zurückgehende Leerstände in einzelnen Hochhaussiedlungen, wie z.B. der Hochhaussiedlung Rehsiepen.

Zudem sollten die neuen Perspektiven für eine langfristige Vermietung mit der Attraktivierung dieser Bestände einhergehen. Dies bezieht sich auf die Wohnungen und die Gebäude ebenso wie auf die dazugehörigen Freiräume: Qualitativ hochwertige und funktionale Freiräume mit Angeboten für Aufenthalt, Begegnung, Bewegung, Spiel und Sport sind für Kinder und Jugendliche aber auch für ältere Migrantinnen und Migranten von großer Bedeutung.

Ein positives Beispiel ist die Hochhaussiedlung der GWG in der Gustav-Heinemann-Straße, in der etwa 200 Flüchtlinge untergebracht sind. Der zum Hochhauskomplex gehörende Bewohnertreff 'Oase'²⁴ bietet zahlreiche Angebote für Zugewanderte und Flüchtlinge und ermöglicht somit eine gezielte Integrationsarbeit.

4. Umweltgerechtigkeit/öffentliche Räume

In der Stadtentwicklung wird das Thema Gesundheit zunehmend unter dem Stichwort der Umweltgerechtigkeit thematisiert. Das Wohnumfeld ist dabei ein wichtiger Ort zur Gesundheitsförderung, der Prävention und des Wohlbefindens. Dabei ist festzuhalten, dass Umweltbelastungen -Lärmbelastung, verkehrsbedingte Luftschadstoffe- und fehlende Bewegungsräume, wie z.B. wohnungsnahe Grünflächenversorgung, stadträumlich unterschiedlich verteilt sind. Gerade einfache Wohnlagen, die aufgrund des geringen Mietniveaus häufig als Anlaufstation für Migrantinnen und Migranten dienen, sind in der Regel weniger gut ausgestattet.

Insbesondere in den Quartieren des Stadtumbaus und der Sozialen Stadt werden diese Aspekte bereits berücksichtigt. Mit Hilfe von Fördermitteln werden hier Spielplätze und Grünanlagen saniert, um die Quartiere aufzuwerten und die Menschen dort enger zusammenrücken zu lassen. Neben Begrünungs- und Bepflanzungsmaßnahmen, auch an den Ufern der Wupper, werden mit Wandelgärten und Urban Gardening im Rahmen der Projekte „Grüne Stadtquartiere“²⁵ und „Perspektivwechsel Wupper“²⁶ Konzepte umgesetzt, die neue Grün-Akzente setzen und die Identifikation mit dem Quartier stärken.

Zudem bietet die Nordbahntrasse eine Struktur, die sich bewegungsfördernd, wie auch unter Aspekten der Lebensqualität und des Bioklimas positiv fördernd auswirkt. Der kleinteilige Anschluss der Quartiere und die Anbindung weiterer Stadtteile an das Trassennetz, wie es das Projekt „Wuppertal als Fahrradstadt“²⁷ vorsieht, können hier einen wesentlichen Beitrag leisten, der allen zu Gute kommt.

Zusammenfassend lassen sich für die zukünftige Entwicklung folgende Handlungsschwerpunkte benennen:

kurzfristige Maßnahmen

²⁴ Der Bewohnertreff wird von der Diakonie, der Stadt und der GWG getragen.

²⁵ „Grüne Stadtquartiere“ ist ein Projekt der Strategie Wuppertal 2025

²⁶ „Perspektivwechsel Wupper“ ist ein Projekt der Strategie Wuppertal 2025

²⁷ „Wuppertal als Fahrradstadt“ ist ein Projekt der Strategie Wuppertal 2025

- dezentrales Unterbringungskonzept weiterverfolgen
- Leerstände für Flüchtlingsunterbringung nutzen
- Quartiersmanagement in benachteiligten Quartiere
- Städtebauförderprojekte fortführen
- Aufwertung von Quartieren durch die Sanierung von Spielflächen und Grünanlagen
- Sanierungsberatung in ausgewählten Quartieren
- ...

mittel- und langfristige Maßnahmen

- Strategien zur dauerhaften Vermietung von Wohnungsleerständen entwickeln
- qualitative Aufwertung von Wohnungsbeständen und Wohnumfeldverbesserung
- Schaffung von quartiersbezogenen Angeboten zur Bewegungsförderung, die auch für ein attraktives Lebensumfeld sorgen (z.B. Ausbau Fahrradtrassen)
- Schaffung neuen sozialgebundenen Wohnraumes an geeigneten Standorten
- konsequente Innenentwicklung, Baulücken und Brachflächen aktivieren
- sozialen Zusammenhalt auch durch Qualität der öffentlichen Räume sichern
- ausreichende Wohnbauflächenangebote
- Segregationstendenzen entgegenwirken

...

V. Bürgerbeteiligung / Dialogprozesse

Wie im Nationalen Integrationsplan festgehalten, sind die –politische- Partizipation und die Mitgestaltung des eigenen Lebensumfeldes bedeutend für eine erfolgreiche Integration. Auch Wuppertal profitiert bereits in großem Maße vom Engagement und der Initiative seiner zugewanderten Menschen. Dennoch ergeben sich mit Blick auf deren Beteiligung an Entscheidungen über die Entwicklung der Stadt sowie innerhalb der Quartiere besondere Herausforderungen. Im Kern steht dabei die Frage, welche Beteiligungsmöglichkeiten Wuppertal Neuzuwanderern, aber auch bereits länger hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, anbieten kann und wie sie dazu motiviert werden können, diese auch wahrzunehmen.

Das Ziel muss es sein, allen Einwohnerinnen und Einwohnern die Chance zu bieten, sich an der Entwicklung unserer Stadt zu beteiligen.

Gleichzeitig sind die Chancen und Herausforderungen, die sich aus dem zu erwartenden Bevölkerungszuwachs ergeben, selbst ein beteiligungsrelevantes Thema. Eine erfolgreiche Integrationsarbeit muss begleitet werden durch Dialog- und Beteiligungsangebote an alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler, um gemeinsam an einem Gelingen zu arbeiten. Dabei gilt es Formate zu entwickeln, mittels derer gemeinsame Lösungsansätze für die anstehenden Herausforderungen entwickelt und ein konstruktiver Dialog ermöglicht wird. Dies gilt auf der gesamtstädtischen Ebene ebenso wie im Quartier.

Ebenso ergeben sich durch die aktuelle Zuwanderung verstärkte Bedarfe für die Bereiche Service Center und E-Government. Sprachbarrieren müssen durch verschiedenartige Maßnahmen nach Möglichkeit überwunden werden. Ebenso müssen beim E-Government

Strukturen und Prozesse diesbezüglich überprüft und ggfs. verbessert werden, um Menschen mit Migrationshintergrund uneingeschränkten Zugang zu ermöglichen.

Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

Kurzfristig:

- Mehrsprachige Veranstaltungen, Informationsmaterialien und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit

Mittelfristig:

- Umsetzung von – neuen - Formaten zum Thema Integration in den städtischen Beteiligungsprozessen
- Entwicklung und Umsetzung niedrigschwelliger Angebote über die formellen Beteiligungsformate der Kommunalwahlen (Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger) und der Wahlen zum Integrationsrat der Stadt hinaus

Langfristig:

- Bündelung und Weiterentwicklung bestehender Angebote zur Beteiligung von Neu-/Zuwanderern – in Abstimmung mit allen beteiligten Fachbereichen der Verwaltung

Weitere Maßnahmen:

- denkbar wäre auch der Einsatz von Informationsautomaten in verschiedenen Landessprachen
- Berücksichtigung der Bedarfe von Migrantinnen und Migranten bei der Entwicklung von Angeboten und Dienstleistungen
- Verbesserung der Vernetzungsstrukturen und deren Nutzung.

VI. Soziales und Gesundheit

Das Ressort 201 ist bisher von der aktuellen Zuwanderung nicht so stark betroffen, da sich die Angebote vornehmlich an Erwachsene mit gesichertem Aufenthalt wenden. Zudem richtet man sich an Pflegebedürftige und Behinderte, die in den Hilfesystemen betreut werden.

Aber auch hier machen sich erste Auswirkungen bemerkbar:

So verzehnfachten sich die Leistungen für Nothelfer (§ 25 SGB XII) in den letzten fünf Jahren von 30 Personen (2010) auf 311 (2015), was auch auf die EU-Binnenwanderung zurückgeführt wird.

Dabei handelt es sich um Menschen, die notfallmäßig ins Krankenhaus eingeliefert werden und nicht über einen Krankenversicherungsschutz verfügen.

Die – prekäre - Zuwanderung aus dem EU-Ausland ist u.a. auch für die Erhöhung der Beratungszahlen in der zentralen Beratungsstelle für Wohnungslose^[1] der Diakonie Wuppertal verantwortlich.

^[1] Hierbei handelt es sich um eine Beratungsstelle der Diakonie Wuppertal, die die Aufgaben im Auftrag der Stadt wahrnimmt.

Zentrale Beratungsstelle Diakonie, Staatsangehörigkeit	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
deutsch	915	798	775	722	573	581	541
EG-Bürger	171	96	92	77	39	58	37
sonstige	505	218	119	122	110	96	112
staatenlos	4	2	1	2	0	4	3
KEINE ANGABE	28	31	47	47	51	42	63
GESAMT	1.623	1145	1034	970	773	781	756

Absehbar ist ein mittel- bis langfristig erhöhter Bedarf an Angeboten für Neuzugewanderte mit Behinderungen bzw. einer Pflegebedürftigkeit, traumatisierten und älteren Menschen.

Dementsprechend müssen Maßnahmen und Infrastruktur weiterentwickelt werden, um sich wandelnden kulturellen und religiösen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Auch im Gesundheitsbereich ist eine vermehrte Bearbeitung von psychischen Erkrankungen insbesondere bei zugewanderten Menschen festzustellen.

Gestiegene Mehranforderungen werden vor allem im Rahmen der prekären Zuwanderung deutlich:

Kommunikationsprobleme, spezifische Erkrankungen, unzureichende Gesundheitsprävention, mangelnde Kenntnisse über Angebote, ...

Zudem stieg in den letzten Jahren die Anzahl der Schuleingangsuntersuchungen für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger von 297 (2011) auf 1184 (2016). Hinzu kamen 240 medizinische Untersuchungen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im letzten Jahr.

Darüber hinaus bot das Gesundheitsamt monatlich medizinische Beratungen und eine Erstversorgung bei Erkrankungen in städtischen Flüchtlingsunterkünften an.

Vor diesem Hintergrund sind eine Umstrukturierung und der Ausbau von Angeboten notwendig. Im Weiteren ist die Kooperation mit den Akteuren aus dem Gesundheitsbereich zu verstärken, um den vermehrten Bedarf angemessen zu bearbeiten.

Absehbar ist ein Mehrbedarf in den Bereichen Kranken –(haus-)kosten, Beratung Wohnungsloser sowie Betreuung Behinderter und Pflegebedürftiger²⁸. Dazu müssen zeitnah relevante Prognosen erstellt werden.

1. Prekäre Zuwanderung

Die prekäre Zuwanderung spielt in diesem Zusammenhang - der Entwicklung von Integrationsmaßnahmen - eine besondere Rolle. Darunter versteht man die

²⁸ Insbesondere infolge der EU-Binnenwanderung

Armutsmigration von Menschen, die bereits in ihren Heimatländern unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen gelebt haben. In Wuppertal handelt es sich dabei zumeist um Personen aus Polen, Griechenland, Rumänien und Bulgarien.

Diese Gruppe hat aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und nicht vorhandener sozialer Absicherung einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. So bedarf sie spezieller und intensiver Unterstützung und z.T. Begleitung.

VII. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt der Stadt Wuppertal weist im Vergleich zur Situation in Westdeutschland einige Besonderheiten auf. So ist beispielsweise die Beschäftigungsquote und -entwicklung unterdurchschnittlich. Während die Beschäftigungsquote²⁹ der Wuppertalerinnen und Wuppertaler mit deutscher Staatsangehörigkeit im Jahr 2015 bei 57% - und somit ungefähr auf dem NRW-Niveau – lag, konnte bei den Nichtdeutschen lediglich ein Wert von 32,9% konstatiert werden. Unterschiede ergeben sich auch bei der Erwerbstätigenquote³⁰ für das Jahr 2015: 72,1% bei Bürgern ohne, 56,5% bei Menschen mit Migrationshintergrund.³¹

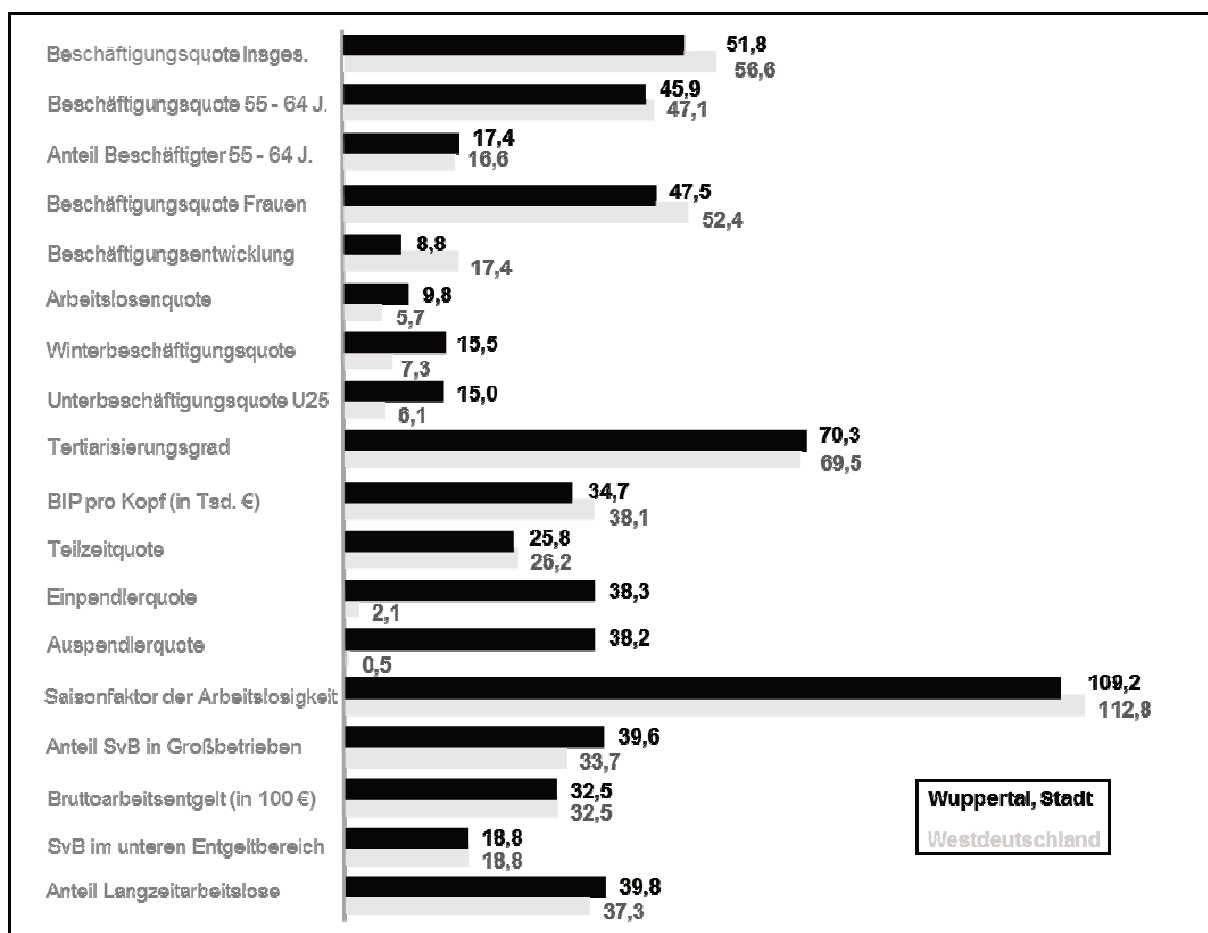
Die Arbeitslosenquote ist überdurchschnittlich. Positiv stellt sich aber die Entwicklung der Arbeitslosenquote dar, die im Zeitraum zwischen 2012 und 2015 von 13,2% auf 10,7% gefallen ist. Dies lässt sich in erster Linie auf die sinkende Arbeitslosenquote der Erwerbspersonen mit deutscher Staatsangehörigkeit zurückführen (von 11,1% auf 8,4%). Die Arbeitslosenquote der Nichtdeutschen in Wuppertal lag im Jahr 2015 bei 24,6%, in NRW bei 22,9%.

Strukturindikatoren, Stadt Wuppertal (Datenstand: Dez. 2016, Gebietsstand Jan. 2016)

²⁹ Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen entsprechender Bevölkerungsgruppe

³⁰ Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen entsprechender Bevölkerungsgruppe

³¹ Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): Integrationsprofil Wuppertal. Daten zu Zuwanderung und Integration. Ausgabe 2016. Düsseldorf, dort: S. 7.



BIP pro Kopf (in Tsd. Euro aus Berichtsjahr 2014, Quelle: [Agentur für Arbeit](#) (leicht verändert)

Die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bzw. in den entsprechenden Institutionen und Organisationen bemerkbar.

So stieg zwischen 2010 und Juni 2016 - vor allem durch Zuwanderung - die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischem Pass von 10.595 (9,5 %) auf 13.449 (11,2 %) an.³²

Dabei bietet das Verarbeitende Gewerbe weiterhin viele Beschäftigungsmöglichkeiten; die Veränderung in der Branchenstruktur weist aber auf einen weitergehenden Tertiärisierungsprozess³³ hin. Beispielsweise stieg die Anzahl der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen in den letzten Jahren deutlich an.

Die Verteilung der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellt sich branchenspezifisch sehr differenziert dar. Während die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, sind das Gastgewerbe sowie sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ebenfalls von hoher Bedeutung.

Alle Analysen und Arbeitsmarktdaten deuten darauf hin, dass die qualifikatorischen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wahrscheinlich weiterhin zunehmen werden. Der

³² Der Anstieg der Gesamtzahl der versicherungspflichtig Beschäftigten in Wuppertal in den letzten Jahren ist zu einem großen Teil auf Zuwanderung zurück zu führen.

³³ Umwandlungsprozess zu einer Dienstleistungsgesellschaft

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit (hoch) komplexer Tätigkeit lag in der Stadt Wuppertal im Jahr 2015 bei 22,5%. Beispielsweise werden aufgrund der Digitalisierung vieler Bereiche neue IT-Spezialisten gesucht. Der Fachkräftemangel wird auch die Kompetenzfeldbranchen, wie z.B. Automotive oder Health Care und auch das Handwerk betreffen. Gleichzeitig wird eine zunehmende Polarisierung des Arbeitsmarktes erkennbar, die durchaus auch zu Wachstumsimpulsen in Bereichen geringerer Qualifikation (z.B. Lagerhaltung, Gastronomie, Pflege) führen kann.

In dem sich verändernden Arbeitsmarkt wird auch die Bedeutung von Existenzgründungen durch Zugewanderte weiter zunehmen. So entfielen im Jahr 2015 von den 3.277 Neuerrichtungen ca. 44% auf nichtdeutsche Gründer, verteilt auf 68 verschiedene Staatsangehörigkeiten, insbesondere Polen, Rumänien und Türkei. Auch und gerade vor dem Hintergrund, dass die Neugründungen nicht immer existenzdeckend wirtschaften und auch Mitnahmeeffekte zu beobachten sind, ist eine qualifizierte Existenzgründungsberatung für Neuzugewanderte in Hinblick auf Nachhaltigkeit enorm wichtig.

Zugenommen hat in Wuppertal allerdings auch der Anteil der erwerbsfähigen ausländischen Leistungsberechtigten im SGB II. Lag Ende 2010 ihr Anteil noch bei 31,6 %, so stieg dieser bis November 2016 auf 41,5 % an. Bezogen auf die Gesamtzahl aller Leistungsberechtigten stieg der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer von 29,5 auf rund 38 %.

Die Verteilung der Zuwächse auf die einzelnen Herkunftsländer ist dabei nicht einheitlich. Während die Zahl der Menschen aus Südeuropa (mit Ausnahme von Spanien) weitgehend stabil geblieben ist, hat vor allem in den letzten drei Jahren die Zahl der Personen aus den Balkanstaaten um rund zwei Drittel zugenommen.

Seit Anfang 2015 ist ein dynamischer Anstieg von anerkannten Flüchtlingen und Bleibeberechtigten in das SGB II erkennbar. So vervielfachte sich die Zahl der Leistungsberechtigten syrischer Herkunft von 609 im Januar 2015 bis Dezember 2016 auf 4.846.

Auffallend ist, dass bis November 2016 80% der Neukundinnen und Neukunden ihr Anerkennungsverfahren in einer anderen Stadt durchlaufen haben und erst danach nach Wuppertal gezogen sind. Durch die Einführung der Wohnsitzverordnung NRW hat sich dieser Trend umkehrt: Bei 75 Prozent der Neuanträge findet der Rechtskreiswechsel innerhalb Wuppertals statt.

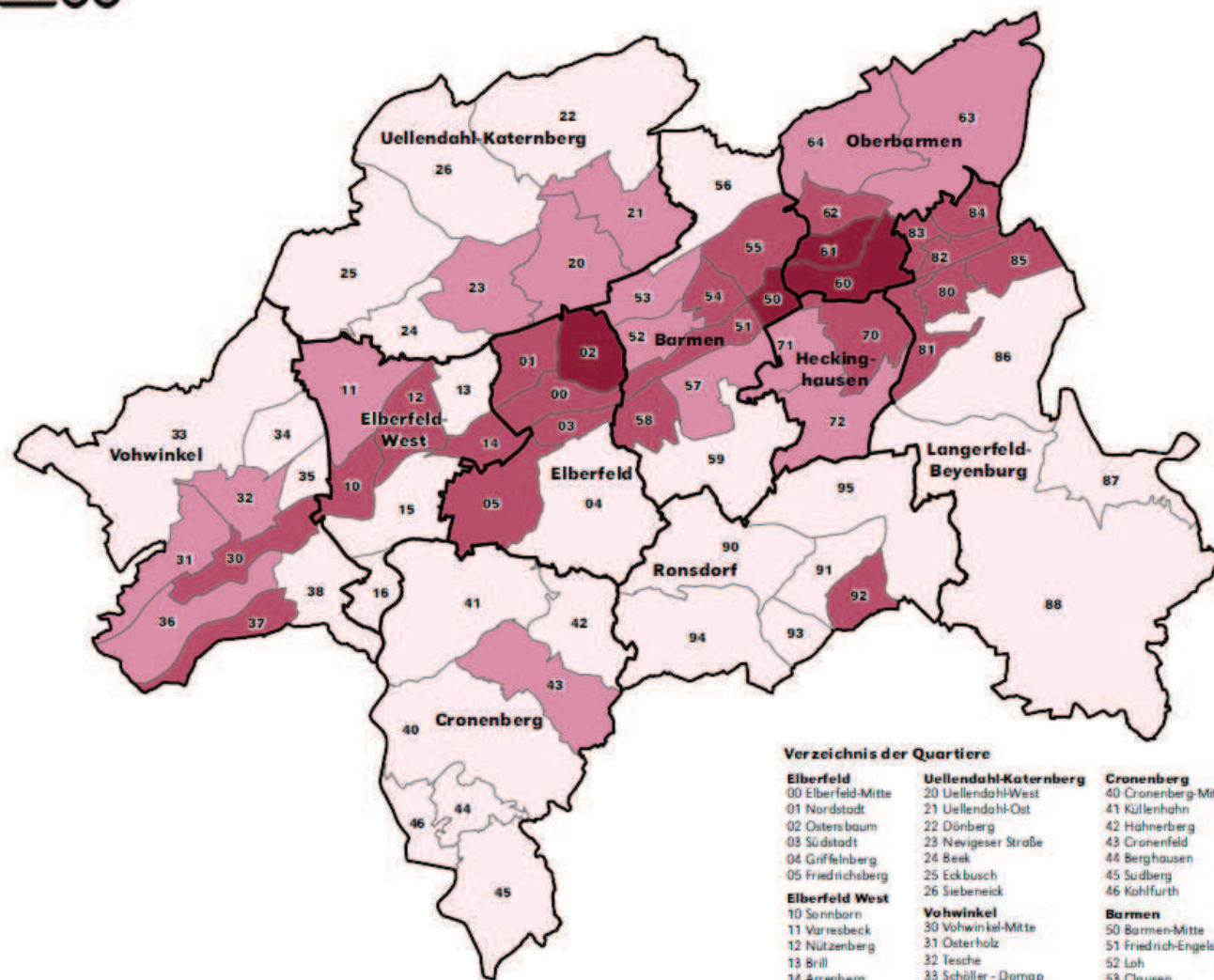
Die Zunahme der neuzugewanderten Leistungsempfängerinnen und -empfänger erfordert die Ausweitung der Integrationsmaßnahmen und der berufsvorbereitenden Angebote des Jobcenters und der relevanten Träger. Schon in der Vergangenheit gab es unterschiedliche Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Neuzugewanderte, die nun schrittweise ausgebaut und besser koordiniert werden.

Neuzugewanderte aus Südosteuropa und Flüchtlinge verfügen zumeist über keine oder unzureichende Sprachkenntnisse und können oft keine berufliche Qualifikation nachweisen. Dies stellt gerade an Profiling und Kompetenzfeststellungsverfahren neue Herausforderungen, da die bestehenden Methoden meist nicht passen. Hinzu kommt die Frage der Anerkennung der Abschlüsse in Deutschland.

Zur adäquaten Einschätzung der Arbeitsmarktpotentiale wird zukünftig eine weitergehende Differenzierung verschiedener Zielgruppen, die sich z.B. nach Herkunft, Aufenthaltsstatus und Qualifikation unterscheiden, erfolgen.

Auch die sozialräumliche Perspektive wird stärker in den Fokus rücken, da sich die sozialen, kulturellen und ökonomischen Lebenssituationen von Zugewanderten in bestimmten Quartieren konzentrieren und nach angepassten Strategien und Maßnahmen verlangen.

Arbeitslosenquote in den Quartieren am 31.12.2015



Arbeitslosigkeits-Betroffenheitsquote in den Quartieren am 31.12.2015

(gesamstädtischer Durchschnitt: 7,1%)

Legende

- Grenze der Quartiere
- 40** Nummer des Quartiers
- Grenze der Stadtbezirke

- 0,0% bis 3,9%
- 4,0% bis 7,1%
- 7,2% bis 10,3%
- 10,4% bis 12,7%

Verwendungsvorbehalt:

Diese Karte ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder sonstige Vervielfältigung, auch in digitaler Form, nur mit Genehmigung der Statistikstelle

Maßstab 1 : 100.000

Verzeichnis der Quartiere

Elberfeld
00 Elberfeld-Mitte
01 Nordstadt
02 Ostertal
03 Südstadt
04 Gräfenberg
05 Friedrichsberg

Elberfeld West
10 Sonnborn
11 Varresbeck
12 Nützenberg
13 Brill
14 Arrenberg
15 Zoo
16 Buchenhofen

Uellendahl-Katernberg
20 Uellendahl-West
21 Uellendahl-Ost
22 Dönberg
23 Nevigeser Straße
24 Beek
25 Eckbusch
26 Siebeneck

Vohwinkel
30 Vohwinkel-Mitte
31 Osterholz
32 Tesche
33 Schöller - Dornap
34 Lünterbeck
35 Industriestraße
36 Westring
37 Höhe
38 Schrödersbusch

Cronenberg
40 Cronenberg-Mitte
41 Küllenhahn
42 Hahnberg
43 Cronenfeld
44 Berghausen
45 Sudberg
46 Kohlfurth

Barmen
50 Barmen-Mitte
51 Friedrich-Engels-Allee
52 Loh
53 Clausen
54 Rott
55 Sedansberg
56 Hatfeld
57 Köthen
58 Hesselberg
59 Lichtenplatz

Oberbarmen
60 Oberbarmen-Schwarzbach
61 Wichlinghausen-Süd
62 Wichlinghausen-Nord
63 Nächstebreck-Ost
64 Nächstebreck-West

Heckinghausen
70 Heckinghausen
71 Heidt
72 Hammesberg

Langerfeld - Beyenburg
80 Langerfeld-Mitte
81 Raental
82 Jesinghauser Straße
83 Hilgershöhe
84 Löhnerfen
85 Fleute
86 Ehrenberg
87 Beyenburg-Mitte
88 Herbringhausen

Ronsdorf
90 Ronsdorf-Mitte
91 Blombach-Lohsepen
92 Rehsiepen
93 Schenkstraße
94 Blutfinke
95 Erbschloß-Linde

STADT WUPPERTAL / STATISTIK UND WAHLEN

Arbeitslosen-Betroffenheitsquote: Arbeitslose je 100 Einwohner mit Wohnung bzw. Hauptwohnsitz im Wuppertal im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahre, Quelle: [Stadt Wuppertal](http://www.stadt-wuppertal.de)

Aktuelle /Kurzfristige Maßnahmen:

Um den Neuzugewanderten und besonders den zahlreichen anerkannten Flüchtlingen kurzfristig konkrete Integrationsangebote machen zu können, wurden schon Anfang 2016 bestehende Maßnahmen um niederschwellige Sprachförderung, Kompetenzfeststellung und eine erste berufliche Orientierung erweitert. Auch das berufsvorbereitende Regelangebot wurde durch Sprachmodule ergänzt.

Zeitnah wird das Maßnahmenportfolio schrittweise weiter ausgebaut, um der zunehmenden Zahl an Zugewanderten individuell passende Angebote zur beruflichen und sozialen Integration machen zu können.

Bei der Maßnahmenplanung werden möglichst berufliche Praxis, Qualifizierung und Sprachförderung konsequent verknüpft werden. Zudem werden reine Angebote für Geflüchtete nur in begründeten Ausnahmefällen durchgeführt, da Angebote für „Einheimische“ mit und ohne Migrationshintergrund und Neuzugewanderte die Integration befördern.

Mehr als die Hälfte der anerkannten Flüchtlinge sind jünger als 25 Jahre. So kommt kurz- und mittelfristig der Heranführung an eine duale Berufsausbildung eine zentrale Bedeutung zu. Die meisten von ihnen möchten entweder schnell arbeiten, um Geld zu verdienen, oder studieren. Hier gilt es einen Perspektivwechsel herbei zu führen und die großen Bedarfe im Handwerk für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zu nutzen.³⁴

Alle Angebote zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchtete sind seit Januar 2017 im „Haus der Integration“ in der Friedrich-Engels-Allee untergebracht. Im Einzelnen sind dies:

- Jobcenter: Erstantrags- und Beratungsstelle Zebera35 und eine zentrale Beratungsstelle
- Ressort 204: Sprachberatung, Berufsanerkennung und Arbeitsmarktintegration
- Arbeitsagentur: Integration Point und Berufsberatung.

Durch die gemeinsame Verortung im Haus der Integration und verbindliche Kooperationsvereinbarungen werden die Integrationsprozesse für Geflüchtete deutlich verbessert. Auch im Falle von Rechtskreiswechseln ist eine kontinuierliche Betreuung der einzelnen Personen gewährleistet.

Ein Schwerpunkt der Integrationsarbeit ist die systematische Zusammenarbeit mit Unternehmen und Ehrenamt. Dazu ist im Haus der Integration eine zentrale Beratungs- und Koordinierungsstelle eingerichtet worden, in der drei Fachleute alle rechtskreisübergreifende Fragen zur beruflichen Integration von Geflüchteten beantworten. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Mentoring- und Patenschaftsmodelle gelegt.

Ausgebaut wird die Kooperation von Stadt, Arbeitsverwaltung, Kammern und Wirtschaftsförderung. Dazu gehört auch eine fundierte Potenzialanalyse, um die (zukünftige) Nachfragesituation nach Arbeitskräften auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus bei den

³⁴ Erste Projekte zur Ausbildungsvorbereitung in Kooperation mit dem Handwerk sind auf den Weg gebracht

³⁵ Zebera: Zentrale Erstantrags- und Beratungsstelle des Jobcenter Wuppertal AÖR für anerkannte Flüchtlinge und Bleibeberechtigte

Wuppertaler Unternehmen zu erfassen und die Planungen der einzelnen Akteure darauf hin auszurichten.

Auf regionaler Ebene wird der intensive Austausch im „Bergischen Netzwerk für Ausbildung und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen“ fortgesetzt und um neue Handlungsfelder wie z.B. Ehrenamtsengagement erweitert.

Mittelfristige Maßnahmen:

Mittelfristig ist die Weiterentwicklung der bestehenden Angebote zu einem „Kompetenzzentrum“ zur beruflichen Integration von allen Neuzugewanderten geplant. Im Haus der Integration stehen dann umfassende Beratungs- und Integrationsangebote für alle arbeitssuchenden Zugewanderte zur Verfügung, egal ob Geflüchtete, EU-Binnenwanderinnen und –wanderer oder Fachkräfte aus dem außereuropäischen Ausland.

Zur Ausweitung der Integrationsmaßnahmen und berufsvorbereitenden Angebote³⁶ werden dabei auch Drittmittel in Anspruch genommen werden.

Ebenfalls mittelfristig ist eine breit angelegte Kampagne zur Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung geplant, die vor allem den Fokus auf junge Zugewanderte legt. Die Kampagne wird von allen arbeitsmarktrelevanten Akteuren³⁷ getragen.

Auch die Aktivierung der freien Ausbildungskapazitäten in den Unternehmen muss vorangetrieben werden. Insgesamt gilt es, die Anzahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen zu steigern sowie die Anzahl der unversorgten Bewerber wie unbesetzten Ausbildungsplätze (z.B. September 2016 Stadt Wuppertal: 152 Stellen) zu reduzieren.

Durch die Auslobung eines „Integrationspreises Wirtschaft“ könnten besonders erfolgreiche Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration öffentlichkeitswirksam dargestellt werden.

Langfristige Maßnahmen:

Aufgrund von frühzeitigen Planungen und Schwerpunktsetzungen können alle wichtigen Maßnahmen mittelfristig umgesetzt werden.

VIII. Kultur

Steigende Bevölkerungszahlen erfordern auch im kulturellen Bereich immer wieder neue Maßnahmen und Konzepte, um die zugewanderten Wuppertalerinnen und Wuppertaler zu erreichen und ihre Potenziale für das städtische Leben zu erschließen.

³⁶ Gemeint ist auch eine niederschwellige Sprachförderung.

³⁷ Darunter neben Stadt, Jobcenter und Wirtschaftsförderung auch die Kammern oder die Arbeitsagentur

Bereits heute werden in den unterschiedlichen Kulturangeboten die Bedürfnisse dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger mitgedacht und vor dem Hintergrund knapper personeller und finanzieller Ressourcen kreativ umgesetzt.

Interkulturelle Angebote sind dabei selbstverständliche Beiträge großer kultureller Projekte wie beispielsweise der Literaturbiennale und Musikveranstaltungen. Zudem werden Maßnahmen finanziell gefördert und unterstützt, die sich mit dem Schwerpunkt Flucht auseinandersetzen.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Kooperation und Vernetzung der relevanten Akteure. Nur so können die Institutionen der kulturellen Bildung wie beispielsweise die Bergische Musikschule ein breitgefächertes Angebot ermöglichen. Ein weiterer Ausbau kann letztlich nur mithilfe der entsprechenden monetären/personellen Ressourcen erfolgen.

Bibliotheken stellen für Zuwandernde ein niedrighschwelliges Angebot dar. Entsprechend groß ist die Nachfrage nach Einsteiger-Sprachprogrammen, ausländischen Zeitungen, Literatur in verschiedenen Sprachen, Büchern in leichter Sprache und Kinderbüchern oder Internetplätzen und im W-LAN-Zugang.

Seit Ende 2015 gibt es regelmäßige Angebote und Veranstaltungen für Seiteneinsteigerklassen.

Desweiteren übernehmen Sprachpaten Lernpatenschaften auch für Zugewanderte, die noch keine Möglichkeit hatten, an einem Sprachkurs teilzunehmen. Hier wurden Vorlesepaten gewonnen, um Lernpatenschaften für Neuwuppertaler mit geringen Deutschkenntnissen zu übernehmen.

Das Historische Zentrum hat speziell auf die Bedürfnisse von Zugewanderten abgestimmte Führungen erarbeitet.

Flüchtlinge haben hier und im Zoo freien Eintritt.

Außerdem werden im Zoologischen Garten Führungen in Englisch angeboten.

Die Wuppertaler Bühnen geben durch das Projekt „In unserer Mitte“ syrischen Flüchtlingen Raum, sich auszutauschen und ihre Geschichten zu erzählen.

Das Projekt ist Schreibwerkstatt, um erzählend und schreibend – für sich selbst und für ein deutsches Publikum – Erfahrungen und Erlebnisse zu teilen.

An der Volkshochschule gibt es ein breites Angebot an Deutschkursen für Neuzugewanderte. Ziel ist die Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit. Gute Sprachkenntnisse steigern die Chancen zur Integration in den Arbeitsmarkt und sind Grundlage für eine erfolgreiche Bildungskarriere.

Durch die Förderung von öffentlichen Begegnungsstätten, wie z.B. Utopia Stadt im Mirker Quartier, wird ein wesentlicher Beitrag zur Integration gerade von Kindern und Jugendlichen geleistet.

IX. Sport

Das Sport- und Bäderamt stellt die Infrastruktur (Turn- und Sporthallen, Sportplätze und –anlagen, Schwimmhallen sowie ein Freibad) für alle Sporttreibenden in Wuppertal zur Verfügung und koordiniert die Nutzungszeiten. Hauptnutzer sind die Schulen für den Schulsport und Betreuungsangebote am Nachmittag sowie die Sportvereine und –verbände. Die Vereine gestalten selbstverständlich Angebote für Flüchtlinge.

Erhebungen zum Sportstättenbedarf erfolgten letztmalig im Jahre 2008 im Rahmen der Sportstättenentwicklungsplanung. Auf der Basis zurückgehender Einwohnerzahlen wurde festgestellt, dass zum Ende des Prognosezeitraums 2015 nur noch geringe Fehlbedarfe bestehen.

Auf Grund der Zuwanderungsbewegung ist diese Entwicklung überholt. Hieraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Verbunden mit der steigenden Einwohnerzahl muss für Turn- und Sporthallen von einem Fehlbedarf ausgegangen werden, so dass grundsätzlich keine weiteren Turnhallen geschlossen werden sollten.
- Das bezieht sich im Grundsatz auch auf die Schließung von Sportplätzen mit der Einschränkung, dass im Einzelfall vor dem Hintergrund notwendiger Investitionen über eine Angebotsverdichtung bei gleichzeitiger Verbesserung der Nutzungsmöglichkeit nachgedacht werden muss.

Übergreifende Ziele

- Einrichtung eines für Kultur und Sport -möglichst –mehrsprachigen Links mit tagesaktuellen Kulturangeboten der einzelnen Akteure und Spielstätten
- Verstärkung der Koordination und Vernetzung der Akteure unter Einbeziehung der Zugewanderten.
- Die gute Erreichbarkeit von Spiel- und Sportanlagen spielt bei einem nicht mobilen Bevölkerungskreis eine besondere Rolle. Deshalb müssen zusätzliche Angebote im Quartier geschaffen werden oder zumindest gut über Wegeverbindungen, wie die Nordbahntrasse erreichbar sein.
- Verbesserung der Nutzung von Social-Media-Komponenten

Kurzfristige Maßnahmen

- Sommerferienprogramme für zugewanderte Kinder mit geringen Deutschkenntnissen in der Zentralbibliothek und in den Stadtteilbibliotheken Uellendahl und Barmen.
- Aufgrund der starken Nachfrage soll das Angebot an Medienboxen und sonstigen relevanten Medienbeständen ausgebaut werden.
- Mit der Rosetta Stone Library Solution Plus können für eine unbegrenzte Anzahl von Benutzern mit gültigem Bibliotheksausweis z. B. Grundkurse in 30 Sprachen angeboten werden. Über die Sprachen lernen-App ist auch der Zugriff über mobile Endgeräte wie Tablets und Smartphones möglich.

- Durchführung des Projektes „Ferienführung für Kinder der OGaTa“ (Betreuung der Grundschulen) im Historischen Zentrum auch für zugewanderte Kinder
- Umsetzung des Projektes „In unserer Mitte“ mit dem Ziel den interkulturellen Dialog zu stärken und den Flüchtlingen den Zugang in die Stadtgesellschaft zu erleichtern, unterstützt durch eine intensive Medienarbeit
- Einrichtung eines Flüchtlings- und Begegnungschor seitens der Volkshochschule, der nach den Sommerferien starten wird. In diesem Chor werden sich Frauen und Männer unterschiedlichster Nationalität treffen, mit und ohne Fluchterfahrung, um gemeinsam zu singen.
- Das Von-der-Heydt-Museum bietet „Bilder als Brücke zur Sprache“ an. Hierbei handelt es sich um ein Angebot für Teilnehmende von Deutsch-als-Fremdsprache-Kursen aller Stufen und Schulen. Sprachdidaktisch geschulte Museumspädagoginnen und – pädagogen regen vor ausgewählten Kunstwerken zum aktiven Sprechen an.

Mittel- und langfristige Maßnahmen:

- Einrichtung von Lernarbeitsplätzen in der Bibliothek und Ermöglichung des Zugangs von Zuhause
- Zooführungen in arabischer und türkischer Sprache
- Erweiterung des Bildungskonzeptes zum Erreichen aller Bevölkerungsschichten (Fuhlrott-Campus)
- Verknüpfung der sektoralen Fachplanungen Sportstätten- und Schulentwicklung und Jugendhilfeplanung, aufgrund der vielfältigen Abhängigkeiten und Zusammenhänge Die Einbindung in ein Stadtentwicklungskonzept ist anzustreben.
- Erhalt und die Verbesserung des Freibadangebotes (Sanierung Freibad Mählersbeck!)
- Die Qualifizierungsangebote im Sport für Führungskräfte, Übungsleiter und Gruppenhelfer, insbesondere für Mädchen und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte, werden ausgeweitet.

Um eine bessere Abstimmung und Koordination zu erreichen, ist eine intensivere Kooperation aller Einrichtungen und Träger über die verschiedenen Geschäftsbereiche hinweg bis hin zu Vereinen und weiteren Gruppen notwendig. So können gemeinsame Strategien und passgenaue und ausreichende Maßnahmen entwickelt und im gesamten Stadtgebiet angeboten werden.

Steigende Bevölkerungszahlen erfordern auch im kulturellen Bereich immer wieder neue Maßnahmen und Konzepte, um die zugewanderten Wuppertalerinnen und Wuppertaler zu erreichen und ihre Potenziale für das städtische Leben zu erschließen.

Ausblick

Das Jahr 2015 bildete bisher einen Höhepunkt in der Migrationsbewegung – bedeutet aber kein Ende dieser Entwicklung. Dabei wird deutlich, dass in Wuppertal sogar im Jahr 2015 die europäische Zuwanderung höher war, als die Zugänge aus Krieg und politischer Verfolgung. Selbst wenn die „Balkanroute“ nachhaltig geschlossen wird, muss die Stadt weiterhin mit einer Zuwanderung aufgrund von Flucht, Familiennachzug und vor allem europäischer Binnenwanderung rechnen.

Es sind daher in allen Bereichen, neben Umsteuerung und Neuorientierung von Maßnahmen, erhebliche zusätzliche finanzielle Ressourcen notwendig, um eine schnelle, erfolgreiche und nachhaltige Integration zu ermöglichen - d.h. die notwendigen Angebote zur Integration und Förderung der zugewanderten Menschen zu schaffen und bedarfsgerecht auszubauen.

Der bis zum Jahr 2021 beschlossene Haushaltssanierungsplan enthält dafür keine nennenswerten finanziellen Handlungsmöglichkeiten. Eine Ausweitung lässt sich nicht verwirklichen, weil sonst die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes zum Haushaltsausgleich gefährdet würden.

Dies gilt sowohl für die Investitionskosten³⁸ als auch für die jährlichen Folgekosten zum Betrieb der Einrichtungen oder für andere Integrationsmaßnahmen.

Sind es aktuell vor allem fehlende Maßnahmen für jüngere Menschen und Familien im Bildungs- und Arbeitsbereich, werden künftig auch in allen anderen Gebieten weitere interkulturell ausgerichtete Angebote notwendig sein.

³⁸ z.B. zum Bau weiterer Tageseinrichtungen für Kinder oder zusätzlichen Schulraum